



**Matthäus Strebl**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Pressemitteilung**

### **Betriebsräte eine soziale Errungenschaft**

#### **Strebl: Grünen-Vorschläge lassen Bürokratie ausufern**

**Berlin.** Ein Votum für die Förderung des Betriebsratswesens in Deutschland hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl abgegeben. Strebl nahm damit Stellung zu einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die zwar „mehr Betriebsrätinnen und Betriebsräte“ fordern, nach Überzeugung von Strebl dabei jedoch den falschen Weg einschlagen wollen.

Strebl, der dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales angehört, bezeichnete das deutsche Betriebsverfassungsgesetz als eine Errungenschaft, die ganz wesentlich zum sozialen Frieden in unserem Land beiträgt. Umso erstaunlicher sei es, dass nach einer Umfrage des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt nur etwa ein Viertel von 16.000 befragten Arbeitgebern die Frage nach einem Betriebs- oder Personalrat mit „Ja“ beantworteten.

Mehr Betriebsräte seien daher wünschenswert, doch sei der von den Grünen vorgeschlagene Weg teils falsch, teils überholt.

Berlin, 30.01.2015

**Matthäus Strebl, MdB**

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de

Vor allem kritisierte Strebl, dass nach Vorstellung der Grünen zusätzliche Meldepflichten eingeführt und Meldestellen



eingerichtet werden sollten, die nur zu einem Mehr an Bürokratie führen würden. Diese neuen Meldestellen sollen unter anderem Behinderungen der Betriebsratsarbeit oder Fälle, in denen Betriebsratswahlen verhindert wurden, registrieren. Beides aber ist ohnehin nicht zulässig und Verstöße können gemeldet und spürbar geahndet werden.

In ihrem Vorstoß im Bundestag gingen die Grünen nicht auf wesentliche Fragen ein und ließen offen, wo die Meldestellen eingerichtet werden sollten, wie viele Stellen geschaffen werden müssten, wer für die Kosten aufkomme und welche Kompetenzen für Stellen erhalten sollten.

Die bloße Erfassung von Behinderungen der Betriebsratsarbeit zu statistischen Zwecken ohne Konsequenzen macht wenig Sinn, betonte Strebl.

„Wir brauchen kein neues Gesetz, sondern wir sollten gemeinsam in unserer Gesellschaft ein Denken fördern, das Betriebs- und Personalräte als Selbstverständlichkeiten ansieht“, unterstrich der CSU-Parlamentarier abschließend.